

19. Juni 2007  
Der Standard

## **Öko-Aktivisten: "Alles wackelt"**

### **Umweltschützer mit bisherigem Ergebnis des Runden Tisches unzufrieden: Gegenseite gehe nicht auf Argumente ein**

Wien - Unter Wiens Umweltschützern wird der Ärger immer größer: Sie fühlen sich beim Runden Tisch zur Verkehrspolitik in der Nordost-Region Österreichs hingehalten, der nach der Lobau-Besetzung im vergangenen Winter eingerichtet worden war. An den für das erste Halbjahr 2007 versprochenen Verkehrsgipfel sei gar nicht mehr zu denken, heißt es hinter vorgehaltener Hand. "Es wackelt momentan alles", so ein Ökoaktivist am Dienstag zur APA.

Offiziell will man sich dazu nicht äußern und weiter guten Willen zeigen, und auch im Rathaus pocht man auf das vereinbarte Stillschweigen über die seit Februar laufenden Verhandlungen. Tatsächlich dringe man mit den eigenen Forderungen aber kaum durch, klagen die Naturschützer. "Die Zukunft dieses Prozesses ist offen", meinte einer.

#### **"Gegenseite geht nicht darauf ein"**

Eigentlich wollten die Aktivisten den Bau der Wiener Nordost-Umfahrung (S1) samt Tunnel unter der Lobau verhindern, ebenso wie weitere Autobahn- und Schnellstraßenprojekte im Nordosten der Stadt. Von Seiten der offiziellen Vertreter Wiens, Niederösterreichs und des Bundes versuche man aber, über diesen Themenbereich erst gar nicht zu reden. "Wir diskutieren, aber die Gegenseite geht nicht darauf ein", heißt es.

Stattdessen biete man als konkrete Maßnahme etwa die Verlängerung einer Anruf-Sammeltaxi-Strecke und Verbesserungen bei einigen anderen Öffi-Linien an, so die Klage. Das geht auch aus einem vom Verkehrsplanungsbüro Trafico erarbeiteten Rohbericht über den Runden Tisch hervor, der der APA vorliegt. "Man bietet uns ein bisschen was bei den Öffis, aber wir haben ja nicht die ÖBB-Zentrale besetzt", so ein frustrierter Umweltschützer.

Für Ärger sorgt auch, dass der Rohbericht erst viel später als versprochen fertig wurde. Ein für diese Woche angesetzter weiterer Termin des Runden Tisches werde daher voraussichtlich verschoben, um den Umweltschützern mehr Zeit zur Stellungnahme zu geben. Wie es danach weitergeht, ist offen. Kompromissbereitschaft müssten nun jedenfalls die politischen Vertreter zeigen, so ein Aktivist: "Ich sehe den ganzen Prozess durchaus gefährdet, wenn die nötige Beweglichkeit nicht da ist." (APA)

Link zum Online-Artikel:

<http://derstandard.at/?url=/?id=2925124>